



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

1/VII/258 - 7.11.1952

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 37654-57  
Fernschreiber 039890

Zum deutsch-französischen Saarkonflikt	S. 1
Italien und Kesselring	S. 3
Berlin braucht direktes Wahlrecht	S. 5
Bonn, Israel und die arabischen Staaten	S. 6

## Saarverhandlungen trotz Saarmißhandlungen ?

Von Dr. Karl Mommer, M.d.B.

Wie die Sowjetrussen in Pankow, so richteten die Franzosen in Saarbrücken ein Separatregime zu ihren Zwecken ein. In die Verfassung, die sie sich von ihren Separatisten machen ließen, schrieben sie die politische Trennung von Deutschland und die Wirtschaftsunion mit Frankreich hinein. Dieses Saar-"Statut" wurde weder von der Bevölkerung in einer Abstimmung noch von sonst jemand anerkannt - mit Ausnahme von Frankreich selbst. Aber die Franzosen und ihre Kollaborateure berufen sich jetzt darauf, um der deutschen Bevölkerung die demokratischen Grundrechte der Parteien-, Presse- und Versammlungsfreiheit zu verweigern. Nach seinem eigenen Wortlaut ist das "Statut" ein Provisorium bis zum Friedensvertrag, aber Parteien, die für seine Änderung im deutschen Sinne eintreten, bleiben verboten und werden zu den Wahlen am 30. November nicht zugelassen.

Die Rechtfertigung der antideutschen Willkür ist dreist und rabulistisch. Herr Johannes Hoffmann und seine beiden separatistischen Parteien setzen das Verbot der drei demokratischen deutschen Parteien dem Verbot der SPD durch das Bundesverfassungsgericht gleich. Der Herr Botschafter Grandval ging so weit, vor der französischen Presse zu behaupten, das polizeistaatliche Parteiengesetz der Saar sei identisch mit dem Parteiengesetz der Bundesrepublik - in der es kein Parteiengesetz gibt! Das Verbot einer Partei durch ein unabhängiges Gericht wegen der antidemokratischen Zielsetzungen dieser Partei wird gleichgesetzt mit dem Verbot demokratischer Parteien durch eine Protektorsregierung wegen des Willens dieser Parteien, was deutsch ist deutsch und was recht ist recht bleiben zu lassen. Die zynische Willkür des separatistischen Regimes wird durch die Behandlung der Kommunistischen Partei besonders deutlich. Obschon antidemokratisch und gegen das "Statut" eingestellt, war die KP bisher legal und es besteht unseres Wissens die

Absicht, sie an den Wahlen vom 30. November teilnehmen zu lassen. Es ist völlig klar: Verboten werden ohne Rücksicht auf Paragraphen nur Parteien, die dem französischen Regime gefährlich werden können.

Wie dabei auch mit den Artikeln der sogenannten Verfassung umgesprungen wird, beweisen die kürzlich veröffentlichten Protokolle der Ausschuss- und Plenarberatungen dieser Verfassung im Saarlandtag 1947. Hier kann nur eine Kostprobe gegeben werden. Der Art. 10, der ähnlich wie der Art. 21 unseres Grundgesetzes die demokratischen Grundrechte denjenigen versagt, die sich deren Beseitigung zum Ziel setzen, wurde absichtlich so gefaßt, daß ein Streben nach dem politischen Anschluß an ein demokratisches Land nicht als verfassungswidrig gelten konnte. Der spätere Justizminister Braun sagte dazu in der Landtagssitzung vom 6. November 1947 als Berichterstatter des Rechtsausschusses:

"Denn wir sagen nicht, wie ursprünglich vorgesehen war, daß jemand, der den verfassungsmäßigen Zustand gefährdet, sich nicht auf die Freiheitsrechte berufen kann, sondern die verfassungsmäßige demokratische Grundlage des Staates ist das, was wir schützen wollen. Und was bedeutet das? Das bedeutet nicht, daß ich, wenn ich wie das MRS für den politischen Anschluß bin (nämlich an Frankreich!), einen Angriff auf eine demokratische Grundlage der Verfassung unternehme. Denn, was ich da anstrebe, nämlich den Anschluß an einen demokratischen Staat, das ist niemals antidemokratisch. Da es nicht antidemokratisch ist, ist es nicht antiverfassungsmäßig in diesem Sinne".

Nun ist es mit dem Anschlußstreben "andersherum" gekommen und der separatistische Kronjurist muß sich selbst verleugnen; wie die anderen Verfassungsmacher ist er aber seinem Auftraggeber treu geblieben: Die juristischen Texte so zu gestalten oder zu deuten, daß sie der französischen Saarpolitik dienen können.

Auch Herr Hoffmann ist ein Könnor in scheinheiliger Frechheit. "Wir werden uns bemühen, den Wahlkampf ruhig und fair zu führen", sagte er am 29. Oktober vor dem Landtag, nachdem er seinen Willen zur Unterdrückung der deutschen Parteien bekräftigt hatte. Die Knebelung müssen wir fair finden und dann noch die Warnungen des Herrn Quisling entgegennehmen; er müsse erwarten, "daß man auch jenseits unserer Grenzen sich der großen Verantwortung bewußt ist und daß nicht durch verantwortungslose Agitation und Schürung nationaler Leidenschaften künftige Verhandlungen erschwert oder gar unmöglich gemacht werden".

Das Ausmaß der Herausforderung, das in dem Geschehen an der Saar für jeden Deutschen und für jeden Demokraten enthalten ist, scheint der Welt und sogar der Bundesregierung noch nicht zum Bewußtsein gekommen zu sein. Die häßliche Saarfratze als die Realität hinter dem europäischen Nimbus scheint die Bundesregierung nicht aufzuregen. Sie ist nicht zornentbrannt wegen der schändlichen Mißhandlung demokratischer Rechte, deutscher Rechte, europäischer Ideen. Sie schickt sich an, weiter zu verhandeln, während die Deutschen an der Saar von der Polizei den wahren europäischen Geist der "europäischen" Saarverhandlungen eingebläut bekommen. Das ist ohne Stolz, das ist ohne Würde! Stolz und Würde sind aber in der Außenpolitik ebenso unentbehrliche Tugenden wie Zähigkeit und Geduld.

Italien und Kesselring

v. sch. - Rom, Anfang November

Die Ardeatinischen Höhlen, eine große verdeckte Sandgrube vor den Toren Roms, spielen für die Italiener in der Geschichte des Krieges etwa die gleiche Rolle wie Cradour für die Franzosen und Lidice für die Tschechen. Dort, wo Ende März 1944 335 Geiseln als Vergeltung für einen Sprengstoffanschlag auf ein deutsches Wachkommando in einer engen Gasse im Stadtzentrum mit Genickschüssen hingerichtet wurden, steht heute ein imponierendes, würdiges Nationaldenkmal, sowie die Gräber der später identifizierten Opfer: Festgenommene Reserveoffiziere, antifaschistische Flugblattverteiler, jüdische Bürger, gegen die nichts anderes vorlag als ihre Rassezugehörigkeit, auch einige Schwarzmarkthändler ohne jeden politischen Hintergrund. Hitler hatte für das Attentat Hinrichtungen im Verhältnis von zehn zu eins für jedes deutsche Opfer angeordnet.

Der deutsche Oberstkommandierende in Italien, Feldmarschall Albert Kesselring, nahm den wahnwitzigen Befehl widerspruchslos entgegen und überließ seine Ausführung dem SD-Kommandeur Oberstleutnant Kappler. Dieser bestimmte selber die Opfer, anscheinend mit Hilfe italienisch-faschistischer Polizeistellen, aufgrund einer Liste von Tausenden von Insassen des römischen Zentralgefängnisses. In seinem Übereifer kreuzte Kappler sogar fünfzehn Namen zuviel an: 335 statt 320.

Umstrittenes Völkerrecht

Es ist nicht leicht, und für Italiener ganz besonders schwer, im Falle Kesselring ganz objektiv zu bleiben. Wäre der Prozeß des englischen Militärgerichts gegen ihn nicht auf italienischem Boden und erst drei oder vier Jahre später - z.B. nach den Erfahrungen der UNO-Streitkräfte mit Partisanen in Korea - abgehalten worden, dann würde er bestimmt nicht zum Tode verurteilt worden sein. Tatsache ist, daß das Völkerrecht über die Zulässigkeit von Vergeltungsmaßnahmen an Geiseln für Taten, an denen sie unbeteiligt gewesen sind, überaus vage und widerspruchsvoll ist. Die Hinrichtung unschuldiger Geiseln wird weder verboten, noch in ihrem zulässigen Ausmaße klar beschränkt.

Das ändert nichts daran, dass Kesselring bei dieser Gelegenheit jenen Mangel an Zivilcourage bewies, der für die meisten deutschen Heerführer unter Hitler kennzeichnend war. Er wusste, dass Hitlers Befehl grauenhafter Wahnsinn war und den Hass der Italiener gegen alles Deutsche in Unendliche steigern würde, aber er versuchte nicht das Geringste, um ihm auszuweichen oder ihn zu mildern. Er begnügte sich damit, die Dreckarbeit auf den SS-Untergebenen abzuschieben.

Schon bei der Umwandlung des Todesurteils, bei dem offenbar den Engländern selbst nicht sehr wohl zu Mute war, in lebenslängliches Gefängnis, hatten die italienischen Kommunisten Protestkundgebungen inszeniert. Aber schon damals erhoben sich in Italien unabhängige Stimmen, um daran zu erinnern, dass gerade die Kommunisten allen Anlass hätten, sich still zu verhalten. Sie waren es gewesen, die trotz eines stillschweigenden Abkommens, wonach in der "offenen Stadt" Rom nichts passieren sollte, damit sie beiderseits geschont bliebe, das Sprengstoffattentat organisiert hatten, das dann Hitlers Massenmordbefehl auslöste.

#### Der Sturm wird vorübergehen...

Jetzt leiten die Kommunisten aufs neue den Chor der Entrüstung über die Begnadigung Kesselrings durch die Engländer. Auch Demokraten haben sich dem Protest gegen die Haftentlassung Kesselrings (die übrigens jedermann hier seit Monaten erwartete) angeschlossen, weil sie unmöglich den Anschein erwecken können, als beurteilten sie die Massenabschlachtung von 335 Geiseln milder als irgendein anderer italienischer Volksteil.

Auch dieser Sturm wird vorübergehen und in ein bis zwei Wochen wird niemand mehr über den Fall Kesselring sprechen. Es sei denn, dass Kesselring selber, wie es leider den Anschein hat, seine Rolle verkennt und sich als Märtyrer alliierter Rachejustiz hinstellt. So liegen die Dinge auch nicht! Er hat einen scheusslichen Befehl Hitlers ausführen lassen. Sein eigenes Verhalten vor dem Gericht in Venedig, wo er den ihn belastenden - weil um sein eigenes Leben ringenden - Zeugen Oberstleutnant Kappler mit keinem Blicke würdigte und sich demonstrativ von ihm distanzierte, gab deutlich zu erkennen, dass auch in seinen Augen der Begriff "Kriegsverbrecher" kein leeres Schlagwort war. Oder sollte das damals nur Taktik gewesen sein? Möge Kesselring selber in seinem und in Deutschlands Interesse durch sein künftiges Verhalten dafür sorgen, dass die Welt nicht an die Ardeatinischen Höhlen erinnert werde!

Maulkorb für Berlin ?

(P.R.) Wenn es nach dem Willen der Bundesregierung und der sie tragenden Parteien gehen würde, sollen die Berliner bei der Wahl zum nächsten Bundestag nicht mitwählen dürfen. Die unterschiedslose Einbeziehung Berlins in ein Bundeswahlgesetz, wie sie die SPD fordert, sei nicht möglich, da ein solches Vorgehen den Viermächtestatus Berlins beeinträchtigen würde.

Die Vorgeschichte dieser Frage und Vorkommnisse der jüngsten Zeit weisen auf ganz andere Motive hin. Man muß sich an folgendes erinnern: Auf Antrag der SPD wurde die Zahl der Berliner Vertreter im Bundestag im vergangenen Jahr von acht auf neunzehn erhöht, auf die Zahl also, die Berlin ordnungsgemäß, d.h. unter Zugrundelegung der Zahl seiner Wahlberechtigten, zukommt. Auch die alliierten Stellen haben sich seinerzeit mit der Abänderung der mit ihrer Mitwirkung zustande gekommenen ursprünglichen Regelung stillschweigend einverstanden erklärt. Außerdem ist erst kürzlich von amerikanischer Seite einem Vertreter Berlins gesagt worden, in der Frage von direkten Wahlen Berlins für den Bundestag liege - im Gegensatz zu Behauptungen von Seiten der Bundesregierung - die amerikanische Haltung noch keineswegs fest. (Aber die Bundesregierung hat offenbar die Absicht, sie in ihrem, direkte Wahlen ablehnenden Sinne, festzulegen).

Der Regierende Bürgermeister von Berlin hat Ende Oktober darauf hingewiesen, daß sich aus dem besonderen Status der Stadt keine staatsrechtliche Bestimmungen über den Wahlmodus ergeben könnten. Mit der im vergangenen Jahr erfolgten Entsendung von soviel Berliner Abgeordneten in das Bundesparlament, wie nach der Stärke der Berliner Bevölkerung und dem geltenden Bundeswahlgesetz gewählt werden würden, hat sich das Prinzip der legitimen demokratischen Vertretung durchgesetzt. Dabei ist es zwar keineswegs für die Berliner und ihre unterschiedlichen politischen Auffassungen, wohl aber für die Besatzungsmächte unerheblich, nach welchem Modus die Abgeordneten ausgesucht werden - durch Abordnung aus dem Berliner Parlament oder durch direkte Wahl.

Jedenfalls sollte es in dieser Frage und in der weiteren, ob die Berliner Abgeordneten im Bundestag stimmberechtigt sind, oder nur beratend tätig sein sollen, Sache aller deutschen Stellen sein, den Berlinern zu ihrem natürlichen demokratischen Recht zu verhelfen, ihre Stimme in die Waagschale zu werfen. Denn wenn eine Stadt in Deutschland sich das Recht erworben hat, mitzureden, dann ist es Berlin. Die Bundesregierung aber beabsichtigt, in ihr Wahlgesetz nur einen Paragraphen aufzunehmen, in dem es heißt: "Berlin hat das Recht, soandsoviele Abgeordnete mit beratender Stimme in den Bundestag zu entsenden" - (also nicht zu wählen). Damit geht man noch hinter den gegenwärtigen Stand zurück.

Schließlich hat der Regierende Bürgermeister aufgrund eines einstimmigen Senatsbeschlusses ein weiteres Schreiben im Sommer an

den Bundesinnenminister geschickt mit der Feststellung, es sei der Wunsch Berlins, in das kommende Bundeswahlgesetz aufgenommen zu werden. Für die Berliner CDU stimmte zunächst ihr Fraktionsführer, Lemmer, prinzipiell zu, für die FDP lehnte der Abgeordnete Schwennicke mit dem doppelt unverständlichen Hinweis ab, eine solche Genehmigung würde am Einspruch der Alliierten scheitern (statt diese Möglichkeit erst einmal auf sich zukommen zu lassen) und im übrigen beginne im Bewußtsein der Berliner die Zugehörigkeit zum Bunde erst jetzt Gestalt zu gewinnen, so daß die Erörterung von Bundesangelegenheiten keine ausreichende Grundlage für den Wahlkampf biete...

Das war damals. Jetzt, in diesen Tagen, wurde für die ablehnende Haltung der gleichen Parteien genau das entgegengesetzte Argument genannt: Ein Wahlkampf in Berlin sei unangebracht, durch ihn würden in vielen Fragen, wie z.B. der Stellungnahme zur EVG und zum Generalvertrag, die Leidenschaften in besonderem Maße aufgewühlt und ein Bild der Zerrissenheit geboten. Einmal ist es also politische Unreife und Uninteressiertheit der Berliner, dann wieder ihre allzu leidenschaftliche Anteilnahme an den großen Schicksalsfragen ganz Deutschlands, die die bürgerlichen Parteien sich gegen eine direkte Wahl wenden läßt.

Es ist unter diesen Umständen nicht schwer zu erraten, wo das eigentliche Motiv liegt: In der Furcht vor einer Wahlniederlage in Berlin, die in der Vorstellung der genannten Parteien möglicherweise entscheidend wichtig für die Situation in Westdeutschland werden könnte. Es ist Sache der Berliner, sich ihr Bild aus der Tatsache zu machen, daß sie vor allem in letzter Zeit gerade von denen so hartnäckig hoffiert worden, die wünschen, daß die Bewohner dieser Stadt sich nicht selbst mit dem Stimmzettel zu Worte melden sollen.

+ + +

#### Was wird hier gespielt ?

##### Ungeklärte Hintergründe zu den deutsch-arabischen Verhandlungen

A.E. Seit zwei Wochen weilt eine Delegation der Arabischen Liga in der Bundesrepublik, um, wie sich ein Mitglied ausdrückte, die durch das Wiedergutmachungs-Abkommen mit Israel gefährdete Freundschaft mit Deutschland zu retten. Ihr Empfang durch die Behörden der Bundesregierung gibt zu vieler Kritik Anlaß. Das Außenministerium und besonders Staatssekretär Hallstein bewiesen in den Gesprächen, die sie mit den Arabern führten, keine glückliche Hand. Man kann dies nicht allein auf den Mangel an diplomatischer Erfahrung und Geschick zurückführen; den deutschen Stellen war anscheinend der offizielle Charakter dieser arabischen Delegation nicht ganz klar geworden. Hieraus ergab sich eine Fülle von Mißverständnissen und Verärgerungen, die mit der Zurückberufung einer deutschen Handels-Abordnung aus Saudi-Arabien ihren sichtbarsten Ausdruck fanden.

Das deutsch-israelische Wiedergutmachungs-Abkommen, dessen Ratifizierung durch den Bundestag bevorsteht, kommt den arabischen

Staaten ungelegen, Sie sehen in ihm eine Begünstigung Israels, mit dem sie noch im Kriegszustand leben. Ohne auf den materiellen Inhalt dieser Kontroverse näher einzugehen, ergibt sich eine Fülle von Fragen, die zur Beantwortung drängen.

Die in Den Haag geführten deutsch-israelischen Wiedergutmachungs-Verhandlungen fanden im Lichte der Weltöffentlichkeit statt. Man weiß, daß bestimmte deutsche Stellen aus Gründen, die hier nicht näher untersucht werden sollen, nicht gerade begeistert von der Idee einer materiellen Wiedergutmachung waren und oftmals querschossen. Die Bundesregierung und vor allem der Bundeskanzler, verpflichtet durch den Beschluß des Bundestages vom 27. September 1951, blieben jedoch standhaft. In dieser Zeit erfolgte von arabischer Seite kein Widerspruch, obwohl sie aus der Weltpresse über den Fortgang und die schließliche Unterzeichnung des Abkommens unterrichtet war.

#### Proteste kommen spät

Erst nach dem Abschluß des Abkommens setzten in der arabischen Presse Proteste ein; ein großer Teil der deutschen Zeitungen hauchten sie auf. In der Zwischenzeit erfuhr die Weltöffentlichkeit von deutschen Militärsachverständigen, die angeblich an der Reorganisation der ägyptischen Armee mitwirkten. Zur gleichen Zeit besuchte Hjalmar Schacht auf seiner Rundreise durch die arabischen Staaten auch den jetzigen ägyptischen Ministerpräsidenten Nagib, um ihm, so hieß es in der deutschen Presse, "wirtschaftliche Ratschläge" zu erteilen.

Nach Schachts Besuch meldete sich ein Vertreter der Arabischen Liga in Bonn,

Die Bundesregierung hatte es bis dahin nicht für nötig befunden, deutsche Delegationen in die arabischen Hauptstädte zu entsenden. Eine entsprechende Aufklärung der arabischen Öffentlichkeit über die Gründe einer deutschen Wiedergutmachung an der Judenheit ist nicht erfolgt, aber sie wäre im wohlverstandenen beiderseitigen Interesse gelegen und hätte manche seitdem aufgetauchte Mißstimmung verhindert.

Vor wenigen Wochen erst entschloß sich die Bundesregierung, den Botschafterposten in Kairo zu besetzen. Der dafür auserwählte Mann, Dr. Pawelke, ist ein früherer Offizier. Sein erster Gang galt Nagib, der ihm die ägyptische Protestnote überreichte. Inzwischen hat Dr. Pawelke seine Pension als früherer Oberleutnant den ägyptischen Opfern des Krieges gegen Israel gestiftet.

#### Bedrohte Wiedergutmachung

In der Bundesrepublik meldete sich gleich nach der Ankunft der arabischen Delegation ein Verband privater Kaufleute, der die deutsche Öffentlichkeit mit Angstrufen über einen möglichen drohenden Verlust des arabischen Marktes für die deutsche Wirtschaft alarmiert, wenn es zur Ratifikation des Wiedergutmachungs-Vertrages kommen sollte. Die Argumente der arabischen Delegation finden in einem

gewissen Teil der deutschen Presse eine auffällige Berücksichtigung. Eine Düsseldorfer Zeitung klagt sogar das Ausland an, weil es die Deutschen ermuntert habe, sich mit Israel über die Wiedergutmachung zu einigen ...

Es fehlt selbst nicht innerhalb bestimmter Regierungsparteien an Bestrebungen, nun mit Rücksicht auf die deutsch-arabische Spannung die Ratifizierung durch den Bundestag hinauszuschieben. Die arabischen Proteste sind diesen Kreisen offenbar ein willkommener Anlaß, die ganze Wiedergutmachung an den Nagel zu hängen.

So verständlich die Sorgen und Befürchtungen der arabischen Staaten über die Auswirkungen der Israel im Rahmen des Abkommens gewährten Warenlieferungen im einzelnen auch sein mögen, so steht dem gegenüber doch turmhoch die moralische Verpflichtung des deutschen Volkes und der deutschen Bundesregierung, die Verbrechen des Dritten Reiches an den Juden wieder gut zu machen.

Daß der Kriegszustand zwischen den arabischen Staaten und Israel noch nicht beendet ist, ist nicht deutsche Schuld. Wenn Israel, das mit seinem Wiederaufbau unsägliche Schwierigkeiten zu bekämpfen hat, wirtschaftlich nicht zusammenbrach, verdankt es das vor allem amerikanischen Anleihen. Die deutsche Wiedergutmachung ist ja bisher noch nicht einmal angelaufen. Sie kann also von den Arabern nicht als die Ursache des wirtschaftlichen Fortbestehens des Staates angesehen werden, mit dem sie einen mißglückten Krieg geführt haben.

#### Auch Deutschland lebt noch im Kriegszustand

Wir Deutschen sollten aber besonders vorsichtig sein mit dem Argument, Israel lebe noch immer im Kriegszustand und deshalb wären deutsche Warenlieferungen ein unfreundlicher Akt gegen die arabischen Staaten. Denn völkerrechtlich lebt auch Deutschland noch mit den meisten Staaten im Kriegszustand. Jene deutschen Kreise, die heute das Abkommen mit Israel aus durchsichtigen Motiven torpedieren möchten, sollten sich vor Augen halten, welchen schlechten Dienst sie gerade Deutschland mit ihrer Haltung erweisen.

+ + +